

mit einem Einzug der SA. gerechnet werden muß, muß das Nachrichtenwesen, insbesondere auch der eigentliche Nachrichtenendienst in Verbindung mit Stb. VII) schnellstens ausgebaut werden.

Ein ganzes Nachrichtenetz wurde ausgearbeitet. In dem Plan (gefunden in Stettin) werden aufgeführt: Feldgarnier, Nebenteiler, Kraftfahrzeuge und Kraftwagen; Leucht- und Signalmittel, Briefkasten, Feldtelefone, Fernverbindungen, Fernsprecheinrichtungen und Fernverbindungen.

Stinken und Briefkastenwesen werden besonders angestrebt. In dem Stettiner Plan heißt es:

„Ich möchte erinnern, daß der Leiter des militärischen Briefkastenwesens Parteigenosse ist. Ich bitte, diese Rolle vertraulich zu behandeln.“

Neuerdings wird der Aufstellung besonderer Spezialformationen Gewicht beigelegt. Vor allem wird die Aufstellung von Pioniertruppen betrieben. Pioniere und Minenwerfer werden auf Anforderung der höheren SA-Einheiten namhaft gemacht, desgleichen ehemalige Pioniere und Minner. Die Stürme melden ihre Stütztruppe, Maschinen-gewehrtruppen, Tankfahrer. In den

**Vorbereitungen zum Einzug**

heißt es: „Es muß festgestellt werden, wer mit der Armeeoffiziere SS und mit dem Infanterieregiment umgehen kann. Außerdem ist festzustellen, wer ein MA. bedienen kann. Die Angaben müssen aber bestimmt der Wahrheit entsprechen. Dieser Befehl ist streng vertraulich zu behandeln. Die betreffenden SA-Männer sind mir kurzumfrage namhaft zu machen (Termin 15. Februar 1932).“

In Zusammenhang wird befohlen, zu melden: Zahlenmäßige Angabe der gedienten Männer, Anzahl der Erwerbslosen. Wieviel Männer sind außer den Erwerbslosen (sofern abkömmlich) geblieben? Zahlenmäßige Angabe der SA-Männer mit Führerschein (getrennt für Motorräder, Personen- und Lastkraftwagen). Wieviel SA-Männer haben Führerschein? Wieviel Reichsflüchtlinge sind vorhanden? Zahl der im Reizen ausgebildeten SA-Männer.“

**Verpflichtete Uniformierung**

Auffälligerweise sind kurz vor dem Termin für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl noch eine Reihe anderer Anordnungen getroffen worden, die im Zusammenhang betrachtet sehr zu denken geben. Seit einigen Monaten mehren sich die Verdachtsmomente, daß bei der SA. auf idiosynkratische Uniformierung gebrungen wird, obwohl das bestehende reichsrechtliche Mindestmaß eine solche Maßnahme normalerweise eigentlich unzulässig machen müßte. In einem Gausurmbefehl Nr. 4 der Untergruppe Nordmark in Aschewitz vom 27. Januar 1932 wird die beschleunigte Einlieferung besonders behandelt; es heißt da:

„Die Einlieferung ist zu beschleunigen. Auf Grund einer Rücksprache mit der SA. wird die SA.-Einlieferung auf Kosten geliefert. Der Sturmführer Schön, Gau Ostmark Hamburg, teilt im Gauurmbefehl umher und nimmt Maß.“

**Verpflichtung - Eiserne Nation**

In den Gauurmbefehlen heißt es: „Betreffend Beschaffung von eisernen Nationen. Jeder SA-Mann hat umgehend die Beschaffung von sogenannten eisernen Nationen zu veranlassen. Jeder SA-Mann muß unbedingt im Besitz von mindestens einer Dose Fleisch oder Wurst sein. Für die Landwirte kann an Stelle von Fleisch oder Wurst Speck oder Dauerwurst genommen werden. Die Landwirte werden größtmögliche Gelegenheiten haben, ihre Wurstwaren der Stadturme zu unterstellen. Jeder Sturmführer hat außer der vorbestimmten Nation, die jeder SA-Mann bei sich haben muß, für jeden SA-Mann seines Sturmes möglichst weitere zwei Dosen Fleisch oder Wurst oder sonstige Dauerwaren bereit zum sofortigen Zugriff zu beschaffen. Der Vollzug dieser Anordnung ist mir zum 10. Februar nach hier zu melden.“

In gleicher Weise werden anbefohlen: Vorbereitung von Massenquartieren, Kochsalzlieferungen, Angaben über Pa. und Sympathisierende. Letzter Weisungstermin 10. Februar!

**Sturmbefehle für den Wahltag**

Alle diese Vorbereitungen gerade einige Wochen vor dem wichtigen Termin der Reichspräsidentenwahl gewinnen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man die in Göttingen gefundene Zeitung eines SA.-Führers berücksichtigt, der darauf hinweist, daß bei den Reichspräsidentenwahlen, besonders bei einem Siege des nationalsozialistischen Kandidaten, mit einem Einzug der SA. gerechnet werden müsse. Der Marmituseuf gab es für die SA.:

**Marmituseuf A** - erhöhte Aufmerksamkeit, alles zu Hause bleiben, Befehle abwarten. Auf dem Lande: Zusammenziehen vereinzelt wohnender SA.-Männer zu den Stürmen.

**Marmituseuf B** - Zusammenziehen der Truppe auf dem Lande, in der Stadt: Zusammenziehen der entfernt und in gefährlichen Gegenden wohnenden SA.-Männer, letzte Vorbereitung für C.

Für Städte: wichtige Papiere vernichten, neue Dienststellen einrichten, Adressen für Meldungen. Sämtliche Verbände müssen strungsbereit sein.

**Der völkische Messias**

Unter dieser Überschrift bringen die „Blätter des Deutschlandbundes“ einen Artikel von einem evangelischen Theologen. Dieser Artikel flagt die Nazis der Religionsschändung an, weil sie in einer unchristlichen Art so etwas wie eine religiöse Verkörperung Hitlers verstanden. Der evangelische Theologe tritt auch die Beweise dafür an und sagt schließlich:

„Hat man doch schon den christlichen Weihnachtsbaum in unzulässigen Höhen durch einen zeitgemäßen ersetzt: gebogene oder gläserne Dackelkreuze, Engel mit schwarzen Köpfen, Weihnachtskugeln mit der Aufschrift „Heil Hitler“. Hier ist also allen Ernstes der Messias Jesus durch den Messias Hitler ersetzt: „Hitler, der Retter ist da!“

Die Messiasidee ist das, was die Hitler-Bewegung so gefährlich macht. Sie hat - so unambigüös das den Judenfeindern klagen mag - ihre bis auf alle Einzelheiten sich erstreckende Parallele auf jüdischem Boden. (Folgt eine historische Betrachtung. Die Red.)

Die jüdische Messiasidee spielte in ihren edelsten Vertretern, den alttestamentlichen Propheten, in dem Glauben, daß die Wälder der ganzen Erde nach dem Berge Zion wallfahren würden, um dort den einzigen Gott, den Schöpfer Himmels und der Erde, anzubeten. Wüßte man sich wirklich ein, daß der „deutsche Gott“ der Nationalsozialisten mit dem Gott der Propheten in Wettbewerb treten könnte?

Der Pfarrer wendet sich schließlich gegen verschiedene seiner Kollegen, die diese blasphemischen Verhöhnungen der christlichen Religion mitmachen, und fordert von den evangelischen Kreisen, daß sie sich endgültig „klar entscheiden, ob sie in Jesus oder in Hitler ihren Herrn sehen“. Auch wir sind der Meinung, daß der Staat sich solche von Kirchenbeamten betriebene Vermengung von Kreuz und Dackelkreuz, von völkischen und christlichen Erlöser nicht mehr bieten lassen dürfte, wenn er sich nicht selbst der Duldung von Religionschändung schuldig machen will!

**Marmituseuf C** - Mobilmachung. C erfordert volles Gepäc, Dienstanzug, der bedeckt mitgeführt wird, eiserne Nationen jeder SA-Mann muß für mindestens drei Tage Verpflegung mit sich führen. Alles hat in Zivil zu erscheinen.

Der Sturmbefehl in Magdeburg enthält für den Wahltag, 18. März, besagt u. a.: „Höchste Marmituseuf, marschfertig, Verpflegung für zwei Tage, Dienstanzug verpackt, Tornister usw.“ - Ähnliche Befehle wurden in allen Gegenden gefunden.

**Vorbereitungen zur Nachtübernahme**

Die Nationalsozialisten haben weitest gehende Vorbereitungen für den Fall der Nachtübernahme getroffen. Eine Reihe von Unterlagen weist darauf hin, daß an Hand von sehr ins einzelne gehenden Fernschreiben über alle in Frage kommenden öffentlichen Behörden und sonstigen Hoheitsverwaltungen sowie über alle lebenswichtigen Betriebe geschaffen worden sind. Für Berlin sind solche Sammlungen in fünf großen Mappen gefunden worden, die von jeder Sektion für die in ihrem Bereich befindlichen Einrichtungen, meist unter Angabe der Verlegungsstärke und der mutmaßlichen politischen Einstellung, aufgestellt worden sind. Besonders auffallend ist eine viele Seiten lange bis in die kleinsten Einzelheiten sich vertiefende Ausarbeitung über den Generalmobilisationsplan für die lebenswichtigen technischen Betriebe der Stadt Weisbaden. Der Plan regelt die militärische Besetzung der Wasser-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Verkehrsbetriebe und die Sicherung und Inbetriebnahme unter besonderer Leitung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Selbst die zu entlassenden Beamten und Angestellten sind schon namentlich festgelegt worden und als neuer Leiter der „Vg. Reg.-Baumeister Otto Schmalzbrunn“, zur Zeit in Braunschweig, vorgelesen. Von Bedeutung ist auch die gegebenenfalls geplante Unbrauchbarmachung gewisser Wasser- und Elektrizitätswerke durch Abschalten oder Zufuß von Kautschuk zur Behinderung freilegender Arbeiter. Zum Schluß dieses Generalmobilisationsplans führt der Kreisleiter der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation aus, daß von der genauesten Befolgung der einzelnen Befehle des Geltens der gesamten politischen Aktion im wesentlichen abhängt.

**Die Länder mit Seevering einverstanden**

Der preussische Innenminister leitete gestern seine Betrachtungen vor der Presse mit der Feststellung ein, daß das von ihm veröffentlichte Material nur einen Teil der beschlagnahmten Akten umfasse und sozusagen nur eine Kostprobe sei. Würde er das gesamte Material veröffentlichen, dann würde die Öffentlichkeit geradezu Wände schauen. Weiterhin teilte Seevering mit, daß die Regierungen von Bayern, Württemberg, Sachsen und einigen anderen Ländern

mit dem Vorgehen Preußens einverstanden seien und daß sie ihrerseits die notwendigen Folgerungen aus dem Ergebnis der preussischen Untersuchung zu ziehen gedächten.

Im Reichsinnenministerium hat gestern eine Konferenz der Innenminister der größeren deutschen Länder beim Ministerpräsidenten stattgefunden. In der vor allem das Ergebnis dieser preussischen Untersuchung Gegenstand eingehender Beratungen war. Ueber den Verlauf dieser Konferenz wird von allen beteiligten Stellen das strengste Verschweigen bewahrt, was sich ohne weiteres daraus erklärt, daß es sich um die Verdrängung der von den Ländern geplanten Maßnahmen gehandelt haben dürfte, die natürlich nicht im voraus mitgeteilt werden. Auch von der Reichsregierung sind wohl weitere Schritte in dieser

**Richter für Hindenburg**

Der Republikanische Richterbund erklärt: Wählt Hindenburg! Nur seine Wahl gewährleistet die Aufrechterhaltung von Verfassung und Recht. Der Reichsvorstand des Republikanischen Richterbundes: Freymuth, Senatspräsident; Großmann, Reichsgerichtsrat; Günther, Ministerialdirektor; Rumpff, Staatsgerichtsrat; Krone, Oberverwaltungsgerichtsrat; Mah, Oberstaatsanwalt; Weiland, Amtsgerichtsdirektor.

Angelegenheit zu erwarten, und insbesondere ist es der Wunsch des Reichswehrministeriums, daß das vom Reichsanwalt zu erwartende Verfahren möglichst beschleunigt durchgeführt wird.

Die Berliner republikanische Presse bringt Seiverings Darlegungen und das Reklamematerial in großer Aufmerksamkeit und fordert von der Reichsregierung wie vom Reichsanwalt baldigst entsprechende Schritte gegen das nationalsozialistische Hochverratspaar.

**Auch Sender und Brieftauben hat man!**

SPD. Bochum, 5. April. (Eig. Drahtf.) In einem Schreiben der obersten SA.-Führung vom 16. Februar 1932 wird den SA.-Gruppen mitgeteilt, daß ihnen von Hindenburg aus Kurzwelleengeräte zur Verfügung gestellt werden. Wörtlich heißt es dann: „Die oberste SA.-Führung beabsichtigt keineswegs, diese Kurzwelleengeräte für politische Zwecke zu verwenden. Der Zweck liegt vielmehr auf folgendem Gebiet: a) Es soll den SA.-Männern Gelegenheit gegeben werden, sich technisch zu vervollkommen, b) erfüllen mit einem unterirdischen Zweck, wenn wir junge neue Kurzwelleengeräte heranzubilden, welche im Kriegsfall als wertvolle Funker verwendet werden können.“ - Es folgen dann Instruktionen über die Sender, Sendezettel usw.

Dieses auf „harmlos“ frisierte Rundschreiben wird ergänzt durch die Feststellung, daß die NSDAP. besondere Listen derjenigen Mitglieder führe, die Brieftauben besitzen und sich verpflichtet haben, Brieftauben der Leitung im Bedarfsfälle zur Verfügung zu stellen. An verschiedenen Stellen im Reich ist inzwischen festgestellt worden, daß SA.-Mitglieder mit Brieftaubenbesitz versehen waren.

**Generalappell - Probe für den Ernstfall**

DPS. Schneidemühl, 5. April. (Eig. Drahtbericht.) In Pragenwalde, Kreis Schönow, fand in einer der letzten Nächte ein Generalappell der gesamten nordostpreussischen SA. statt. Auf dem Gute einer Frau Weise, bei der sich seit geraumer Zeit der SA.-Führer Ratz aufhielt, wurden die Sturmbattalione planmäßig zusammengezogen. Mit Motorrädern, Lastautomobilen, Personautos wurden die Mannschaften herangezogen, ohne daß eine Genehmigung dazu vorgelegen hätte. Die einzelnen Trupps waren militärisch ausgerüstet. Das Gut war durch Posten gegen Unbefugte gesichert.

Von Teilnehmern war zu erfahren, daß es sich bei der Zusammenziehung um einen großen Generalappell gehandelt habe. Er bezwecke, die Brauchbarkeit der rund 500 Mann starken SA. für den Ernstfall festzustellen.

**Die Bergarbeiterinternationale**

**Sie fordert Sozialisierung des Bergbaus**

F. Krüffel, 4. April. (Eig. Drahtbericht.)

Das Internationale Bergarbeiterkomitee trat am Montag in Brüssel unter dem Vorsitz des Präsidenten Dejardins zusammen. Anwesend sind aus Deutschland Dufemant, Dr. Berger und Schmidt, ferner sind vertreten Belgien, Holland, Frankreich, England, Österreich und Argentinien.

Vor Beginn der Beratungen erhielt die deutsche Delegation die traurige Nachricht vom Tode Heinrich Hindenburg. Der Präsident kündigte dem deutschen Bergarbeiterführer, der seit vielen Jahren an allen Sitzungen des Internationalen Komitees und allen internationalen Kongressen der Bergarbeiter sehr aktiv teilnahm und sich bei den Delegierten aller Länder der herzlichsten Sympathie erfreute, einen herzlichen Nachruf.

**Der Hauptpunkt der Beratungen bildete die Lage der internationalen Kohlenindustrie.**

Die Lage verschlimmert sich unauflöslich. Selbst Länder, die bisher von der Krise verhältnismäßig verschont waren, wie Frankreich, Holland, Belgien, werden jetzt auch in den Strudel gerissen. In einigen Kohlenländern droht förmlich eine Katastrophe. In der Tschechoslowakei und in Polen macht sich die Entleerung in großen und manchmal sehr wilden Streikbewegungen Luft. Trotzdem labortieren die Unternehmer, jetzt vor allem die englischen, den Versuch, auf dem Wege über Genf zu einer internationalen Regelung zu kommen. Unter den Bergarbeitern verbreitet sich daher immer mehr die Auffassung,

daß im Rahmen des kapitalistischen Systems eine Lösung der Krise überhaupt nicht mehr möglich ist.

Das Komitee beschloß, im Namen der Bergarbeiterinternationale ein Manifest an die Bergarbeiter aller Länder zu richten, worin das Verlangen der Regierungen, der Unternehmer und des Völkerbundes gekennzeichnet wird und die von den Bergarbeiterorganisationen erhobenen Forderungen der Sozialisierung des Bergbaus und der Aufrüstung einer internationalen Planwirtschaft dargelegt werden.

F. Krüffel, 5. April. (Eig. Drahtbericht.)

Das Internationale Bergarbeiterkomitee beendete am Dienstag seine Brüsseler Tagung. Angesichts der außerordentlich ernst und stellenweise tragischen Lage des internationalen Bergbaus und im Hinblick auf das Verlangen der Unternehmer, der Regierungen und der Wirtschaftsorgane des Völkerbundes beschloß das Komitee, gleichzeitig

**in allen Kohlenrevieren der Welt große Demonstrationen zu veranstalten,**

um der Öffentlichkeit den Ernst der Krise besser zum Bewußtsein zu bringen. Der Zeitpunkt dieser Demonstrationen wurde auf Sonntag, den 4. September dieses Jahres, gelegt.

**Das Verbrechen des Kapitalismus**

In dem Manifest, das im Namen der Internationale an alle Bergarbeiter der Welt gerichtet werden soll, wird das kapitalistische System für die Krise verantwortlich gemacht. Nur mit dem Verschwinden des Kapitalismus könne die Krise endgültig gelöst werden. Darüber hinaus wird eine scharfe Anklage gegen die Unternehmer und Regierungen gerichtet, die durch ihren infamistischen Völkerbund auch die Anwendung der von den Arbeiterorganisationen seit Jahren geforderten Teilschlüssen ver-

hindert haben. So seien die Forderungen der Arbeiter nach einer internationalen, öffentlich kontrollierten Regelung des Bergbaus unter Mitwirkung des Völkerbundes durchzusetzen worden, ebenso die Forderungen nach Sozialisierung des Bergbaus und Bewirtschaftung im Interesse der Gesamtheit sowie nach Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden am Tage und 40 Stunden in der Woche, wodurch eine erhebliche Anzahl von Erwerbslosen wieder eingestellt werden könnte.

In einer besonderen Entschließung protestiert das Komitee gegen das Beschließen der in Genf gemachten Versuche, ein internationales Abkommen über die Kohlenwirtschaft

herbeizuführen. Die Internationale fordert die Regierungen auf, die Unternehmer zum Verzicht auf ihren Widerstand zu bewegen. Das Komitee erhebt ferner Protest dagegen, daß das Genfer Abkommen über die Arbeitszeit in den Gruben noch immer nicht von den Regierungen ratifiziert worden ist, und es verlangt vom Internationalen Arbeitsamt die Veröffentlichung eines Berichtes, aus dem die Öffentlichkeit erfahren kann, wen die Schuld für diese Verzögerung trifft. Der amtliche Terror, mit dem die politische Regierung die Gewerkschaftsbewegung verfolgt, wurde vom Komitee scharf gebrandmarkt.

Der Internationale Bergarbeiterkongress tritt am 2. August in London zusammen.

**Gerechtigkeit für Offizier!**

Die Deutsche Liga für Menschenrechte appelliert für Offizier bei dem Reichspräsidenten für die Custodia honesta

Nachdem der Herr Reichspräsident das Gesuch des Verteidigers, die über den Schriftsteller Karl von Offizier verhängte Gefängnisstrafe im Straßensinn zu erlassen, abgelehnt hat, hat die Deutsche Liga für Menschenrechte dem Herrn Reichspräsidenten ein Gesuch unterbreitet und gebeten, die Gefängnisstrafe in Festungshaft umzuwandeln. In dem Gesuch heißt es u. a.:

„Das Verbrechen, wegen dessen die Verurteilung erfolgte, trägt politischen Charakter. Würde die Verurteilung wegen Landesverrats allein erfolgt, so würde unangenehme Festschließung verhängt worden sein. Eine Verurteilung zu Gefängnis muß nicht deshalb erfolgen, weil das Verbrechen, das der Beschuldigte nicht für politische Verbrechen geschaffen hat, lediglich Zuchthaus- und Gefängnisstrafe verdient.“

Die ehrenhaften Motive des Herrn von Offizier sind niemals und von keiner Stelle angezweifelt worden, sie wurden sowohl vom Oberreichsanwalt wie vom Reichsgericht ausdrücklich anerkannt. Von alters her ist es in allen Kulturstaaten üblich, für politische Verbrechen, die aus solchen Beweggründen begangen werden, die Custodia honesta, die Ehrenhaft der Festung, zu verhängen. Gerade weil Herr von Offizier ein politischer Gegner der gegenwärtigen Regierung ist, scheint es und erforderlich zu sein, daß Sie, Herr Reichspräsident, die unabweisbar ehrenhafte Behandlung des Verurteilten durch ein solches Verfahren bestätigen.“

Der Herr Reichspräsident wird zum Schluß gebeten, eine Delegation der Deutschen Liga für Menschenrechte in Audienz zu empfangen, welche die Aufgabe hätte, dieses Gesuch noch ausführlicher zu begründen.